Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 88. Sonntag den 29. März 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Montag, den 30. März,
Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Freitag, den 3. April 1891, Abends 6½ Uhr,
im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Finanzausschusses über: a. die Haushaltpläne des Verbandes evang.-lutherischer Kirchengemeinden und der Alt-Leipziger Parochialkirchen auf das Jahr 1891; b. Erhebung der Kirchensteuern in den Parochien Eutritzsch und Gohlis auf das Jahr 1891; c. den Haushaltplan für die Kirchencassen zu Schönefeld bei Leipzig auf das Jahr 1891; d. den Haushaltplan für die Kirchcasse und die Kirchgemeindecasse der Parochie Leipzig-Thonberg-Neureudnitz auf das Jahr 1891; e. Feststellung der Einheitssätze für den 1. Termin der diesjährigen städtischen Einkommensteuer.

II. Bericht des Bauausschusses über a. Conto 31 „Gebäude", Conto 32 „Schauspielhäuser" Pos. 15 und 24, sowie Specialbudget „Städtische Volksschulen", „Fortbildungsschule für Mädchen" Pos. 36 und „Volksschulen" Pos. 317—346 des Haushaltplanes auf das Jahr 1891; b. die Vorlage, betr. Erhöhung der Pos. 49 „außerordentlich" des Specialbudgets „Realschule" und der Pos. 319 „außerordentlich" des Specialbudgets „Städtische Volksschulen" für 1891.

III. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über Ankauf der beiden in der Flur Leipzig-Gohlis gelegenen Bauplätze Nr. 150 und 151 des Parcellirungsplanes Nr. 4963.

IV. Bericht des Bau- des Oekonomie- und Verfassungsausschusses über: Conto 36 „Wasserwerk" und Specialbudget: „Wasserwerk" des Haushaltplanes für 1891, sowie die Vorlage, betr. Nachträge zu dem bezeichneten Specialbudget.

V. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über Verkauf des an der Ecke der Carl Tauchnitz- und Haydnstraße gelegenen Bauplatzes Nr. 25.

VI. Bericht des Stiftungs-, Bau- und Oekonomieausschusses über Verkauf des an der Beethovenstraße gelegenen Bauplatzes Nr. 20, des Baublocks III des südwestlichen Bebauungsplanes.

VII. Bericht des Verfassungsausschusses über Abänderung des Gemeindebezirks der Stadt Leipzig durch Aus- und Einflurungen aus den und in die Fluren Leipzig, Gohlis und Lindenau ꝛc.

Städtische Gewerbeschule.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten findet in der Zeit
vom 27. bis mit 30. März ds. Js.,
Vormittags von 10½ bis Mittags 1 Uhr
in sämmtlichen Räumen des neuen Anstaltsgebäudes, Wächterstraße Nr. 13, statt.

Zum Besuche derselben beehrt sich im Namen des Lehrercollegiums ergebenst einzuladen

Leipzig, den 24. März 1891.

Der Director:
Dr. Ludw. Nieper.

I. Städtische Fortbildungsschule.

(Johannisplatz 6—7.)

Die **Anmeldung** neu eintretender **Schüler** hat in der Zeit von **Montag, den 6. April,** bis **Freitag, den 10. April,** zu geschehen, und zwar **Vormittags von 10—12 Uhr der aus hiesigen Schulen abgegangenen, Nachmittags von 4—6 Uhr der von auswärts kommenden.**

In den angegebenen Vormittagsstunden werden auch die **Abmeldungen hiesiger Confirmanden** angenommen.

E. Naechster, Director.

Zweite Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

(Schletterstraße Nr. 10.)

Die Anmeldung neu eintretender Schüler erbittet sich der Unterzeichnete Montag, den 6. April, bis Donnerstag, den 9. April 1891, Vormittags von 10—1 Uhr und Nachmittags von 4—6 Uhr und zwar am 6. und 7. April solcher aus hiesigen Schulen, am 8. und 9. April der von auswärts kommenden. Auch hat zur selben Zeit die **Abmeldung der in andere Leipziger Schulen übertretenden oder nach auswärts verziehenden Schüler** zu erfolgen.

Leipzig, den 29. März 1891. Dr. **Stoerl.**

Dritte Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Expedition: L.-Reudnitz, Marschallstraße 2.

Die Anmeldung zur Aufnahme hat in der Zeit von Montag, den 6., bis Donnerstag, den 9. April, Vormittags 9—12 und Nachmittags 4—6 Uhr zu erfolgen, doch ist der Unterzeichnete bereit, solche auch schon in der Osterwoche entgegenzunehmen.

Von auswärts zugezogene fortbildungsschulpflichtige Knaben haben ein Schul- resp. Entlassungszeugniß mitzubringen.

Leipzig, 29. März 1891. Dir. **Scharf.**

Bekanntmachung.

Die zum Anbau von 6 Classenzimmern an das hiesige Schulgebäude erforderlichen

1) **Erd-, Maurer- und Handlangerarbeiten,**
2) **Zimmerarbeiten,**
3) **Steinmetz- oder Cementgußarbeiten**

sollen an den Mindestfordernden **unter Vorbehalt der Auswahl** unter den Bietenden vergeben werden.

Die Bauzeichnungen und allgemeinen Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden. Bei demselben sind auch Blanketts gegen Erlegung der Copialgebühren zu erhalten und bis **zum 15. April d. J. Nachmittags 5 Uhr** verschlossen mit der Aufschrift „Schulanbau" wieder einzureichen.

Paunsdorf, den 28. März 1891.

Der Schulvorstand.
Gem.-Vorst. Dölling, stellv. Vorsitzender.

Rechnungs-Abschluß
der Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend auf das Jahr 1890.

Einnahme.	Betrag ℳ	₰
Zinsen von Capitalien	19 778	06
Eintrittsgelder	588	—
Durch Arbeitgeber für versicherungspflichtige Mitglieder eingezahlte Beiträge (⅓ Arbeitgeber, ⅔ Arbeitnehmer)	1 657 516	26
Durch freiwillige Mitglieder eingezahlte Beiträge	74 437	18
Ersatzleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	17 865	72
Sonstige Einnahmen	21 591	75
Summa der Einnahme	1 791 776	96
Fehlbetrag pro 1890	2 744	12
	1 794 521	08

Ausgabe.	Betrag ℳ	₰
Für ärztliche Behandlung	331 332	45
Für Arznei und sonstige Heilmittel	196 699	39
Krankengelder an Mitglieder	869 555	08
Krankengelder an Angehörige der Mitglieder	19 674	70
Unterstützungen an Wöchnerinnen	19 883	25
Sterbegelder	70 948	21
Cur- und Verpflegkosten an Krankenanstalten	104 865	05
Ersatzleistungen an Dritte für gewährte Krankenunterstützung	18 174	33
Zurückgezahlte Beiträge	1 547	31
Für Capitalanlagen	6 174	62
Verwaltungskosten	133 099	81
Sonstige Ausgaben	22 575	88
Summa der Ausgabe	1 794 521	08

Vermögens-Ausweis.

		ℳ	₰
Vermögen am 1. Januar 1890 laut vorjährigen Abschluß		669 482	26
Zuwachs des Stammvermögens	ℳ 6 174. 62		
Abzüglich der Verminderung des Reservefonds	- 2 744. 12		
Als Vermehrung des Gesammtvermögens im Jahre 1890	ℳ 3 430. 50	3 430	50
Summa		672 912	76

		ℳ	₰
Stammvermögen am 1. Jan. 1890	ℳ 86 308. 93		
Stammvermögen im Laufe des Jahres 1890 zugeführt	- 6 174. 62	92 483	55
Reservefonds am 1. Januar 1890	ℳ 466 370. 09		
Dem Reservefonds im Jahre 1890 entzogen	- 2 744. 12	463 625	97
Betriebsfonds		116 803	24
Summa		672 912	76

Die Richtigkeit und Uebereinstimmung des Jahres-Abschlusses mit den Büchern der Ortskrankencasse wird hierdurch bestätigt.

Leipzig, am 13. März 1891.

Der Rechnungs-Ausschuß.
D. Magnus. W. Nitschke. Ad. Hüttig.

Seit Bestehen der Ortskrankencasse, also seit 1. December 1884, sind insgesammt circa 5 328 000 ℳ für **Unterstützungen** verausgabt worden, davon entfallen nahezu 3 115 000 ℳ **auf baare Unterstützungen** an die Mitglieder und deren Angehörige, circa 1 158 000 ℳ auf ärztliche Behandlung, circa 695 000 ℳ auf Arznei und sonstige Heilmittel und circa 365 000 ℳ auf Verpflegungskosten in Krankenanstalten. **An Mitgliederbeiträgen** sind seit 1. December 1884 insgesammt circa 6 392 000 ℳ eingegangen, davon entfielen auf freiwillige Mitglieder circa 244 000 ℳ, auf versicherungspflichtige Mitglieder dagegen 6 148 000 ℳ, so daß das von den **Arbeitgebern** aus eigenen Mitteln zu zahlende Drittel der Beiträge der pflichtigen Mitglieder nahezu 2 050 000 ℳ beträgt.

Leipzig, am 14. März 1891.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Israelitische Religionsschule.

Die Aufnahme neuer Schüler und Schülerinnen findet **Sonntag, den 29. März, Vormittags von 9—12 Uhr** im Kanzleilocale der Synagoge, Centralstraße 10, 1. Etage, statt.

Das neue Schuljahr beginnt **Sonntag, den 5. April, Vormittags 8 Uhr.**

Leipzig, den 26. März 1891.

Der Director:
Rabbiner Dr. N. Porges.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das dem Maurermeister **Ernst Wilhelm Freidieben in Roda** gehörige Grundbesitzthum, als:

1) die Fol. 575 des Grund- und Hypothekenbuchs für Roda eingetragenen beiden Bäsen an der Lehmbergsstraße Nr. 516 und 518 des Brandkatasters, Nr. 609 der Ueberschlußkarte von Roda, 46,2 a Gehöfte nebst Garten, mit 244,4 Steuereinheiten, hinsichtlich der Gebäude inländisch mit 24 000 ℳ gegen Brandschaden versichert und ortsgerichtlich auf 20 000 ℳ taxirt,

2) das Feldgrundstück Fol. 576 cit. Nr. 610 der Ueberschlußkarte, beim Lohnen, 13,5 a Areal mit 20,0 Steuereinheiten, taxirt auf 600 ℳ,

3) das Feldgrundstück mit Chausseeböschung Fol. 578 cit., Nr. 612 ibid., an der Lehmbergsstraße, 12,2 a Areal, mit 6,06 Steuereinheiten, taxirt auf 480 ℳ,

Montag, den 25. Mai 1891,
von Vorm. 10 Uhr ab

an hiesiger Amtsgerichtsstelle öffentlich an den **Meistbietenden** versteigert werden.

Gebote sind vor oder in diesem Termine bis spätestens Mittags 12 Uhr anzubringen. Dem Meistbietenden wird gegen Erlegung oder Sicherstellung des zehnten Theiles der Erstehungssumme der Zuschlag ertheilt werden.

Die Beschreibung des Besitzthums und die Versteigerungsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I hier eingesehen werden.

Roda, am 24. März 1891.

Herzogliches Amtsgericht.
Dr. Ulrich.

Die Ordensverleihung an den Präsidenten Carnot.

Kaiser Alexander hat dem Präsidenten der französischen Republik Carnot als ein Zeichen seiner Sympathie den St. Andreas-Orden verliehen und ihm das Großkreuz des Ordens durch den Botschafter Baron Mohrenheim überreichen lassen. Der Vorgang würde selbst unter weniger gespannten Verhältnissen Aufsehen erregen, weil es unter den europäischen Staaten keinen giebt, welcher nach Form und Entstehung sich in einem schärferen Gegensatz zu Rußland befindet als Frankreich. Eine der ältesten Monarchien Europas, hat Frankreich seit dem Sturz des Königthums im Jahre 1793 eine Reihe von Veränderungen durchgemacht, welche nirgends ihres Gleichen finden und das Vertrauen auf die Festigkeit der Zustände noch nicht haben aufkommen lassen. Anerkannt muß werden, daß die Republik des 4. September 1870 bereits das zweite Jahrzehnt überschritten hat, aber im Laufe dieser Zeit hat es nicht an Zeichen gefehlt, welche der Wiederherstellung der Monarchie günstig waren. Die Abkömmlinge des französischen Königshauses haben ihre Hoffnungen so wenig aufgegeben wie die Vertreter des Hauses Bonaparte; in diesem Augenblicke herrscht wieder Streit zwischen den Söhnen des Prinzen Napoleon um die nächste Anwartschaft auf die Nachfolge Napoleon's III., und daß der Herzog von Orleans stark darauf rechnet, dereinst den Thron Louis Philipp's zu besteigen, ist unzweifelhaft. Die Ordensverleihung Kaiser Alexander's an den Präsidenten Carnot erscheint unter diesen Umständen als eine Vertrauenskundgebung für den Bestand der Republik und eine Absage an die Prätendenten, mit denen er im Uebrigen freundliche Beziehungen unterhält, wie verschiedene Thatsachen bezeugen, z. B. die Einreihung des Prinzen Louis Napoleon, des Sohnes des Prinzen Jerome, in die russische Armee. Die Sympathie-Bezeugung für den Präsidenten Carnot ist um so auffallender, als sie mit den Bestrebungen des Zaren zusammentrifft, die altrussischen Ueberlieferungen in ihrem vollen Umfange wieder herzustellen, das patriarchalische Verhältniß zwischen Zar und Volk aller störenden Zuthaten zu entkleiden und in der unbedingten Herrschaft der orthodoxen griechisch-katholischen Kirche ein festes unlösbares Band zwischen Staat und Kirche zu schaffen, welches alle Zugeständnisse an die bewegenden Grundgedanken unserer Zeit ausschließt.

Zar Alexander hat den St. Andreas-Orden kurz vorher auch an zwei andere hervorragende Persönlichkeiten des Auslandes verliehen: an den deutschen Reichskanzler v. Caprivi und an den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand Este. Diese beiden Verleihungen tragen aber einen völlig anderen Charakter, sie bilden die Bestätigung von Beziehungen, die seit langer Zeit zwischen dem Hause Romanow und den Häusern Hohenzollern und Habsburg bestehen, und sind wesentlich Acte der Form, deren Ausbleiben Verstimmung erregt und dargethan haben würde, daß nicht Alles so ist, wie es äußerlich erscheint. Die Verleihung des St. Andreas-Ordens an Carnot ist eine Kundgebung von um so größerer Bedeutung, als sie eine freie Willensäußerung des Zaren ist, deren Wirkungen vorher wohl erwogen worden sind. Es konnte kaum in Frage kommen, ob Carnot die ihm zugedachte Auszeichnung annehmen würde, immerhin müssen diplomatische Verhandlungen vorangegangen sein, welche diese Bereitwilligkeit verbürgten. Nachdem dieser Punct erledigt war, blieb aber die Hauptsache übrig, und diese besteht in den Gründen der Handlung. Welche Erwägungen konnten Kaiser Alexander bestimmen, dem Präsidenten der Republik Frankreich eine überall sichtbare Aufmerksamkeit zu erweisen? Hat Frankreich Rußland irgendwelche werthvolle Dienste geleistet, welche der öffentlichen Anerkennung bedürfen? Oder besteht eine Interessen-Gemeinschaft zwischen den beiden Reichen, welche es wünschenswerth macht, daß ihre Hauptvertreter auch persönlich einander nahe treten?

Es ist bisher immer viel von einem russisch-französischen Bündniß die Rede gewesen, man hat ein solches aber stets in den Bereich der Fabel verwiesen, weil das Oberhaupt des russischen Reiches niemals mit einer Republik gemeinschaftliche Sache machen werde. Das war mehr behauptet, als sich beweisen ließ, aber es wurde die oft geäußerte Friedensliebe des Zaren und seine auf historischer Grundlage beruhende Hinneigung zu Preußen als Gegengewicht angeführt, dessen Schwere sich nicht ohne Weiteres beseitigen lasse. Das sind Auskünfte, welche den Nichtwissenden stets als Vorwand gedient haben, um ihre in den Verhältnissen liegende Unkenntniß der Thatsachen zu bemänteln; aber durch die Geschichte ist dargethan, daß Bündnisse, von welchen die Entscheidung in wichtigen Streitfragen abhing, niemals an die große Glocke gehängt wurden, sondern daß sie immer erst dann bekannt wurden, wenn sie ihre Wirkungen äußerten.

Die Intimität zwischen Rußland und Frankreich macht sich auch noch durch andere Thatsachen bemerkbar, die, an sich unscheinbar, erst durch die Zusammenstellung mit anderen Vorgängen ihre Bedeutung verrathen. Vor Kurzem wurde der erste französische Militairbevollmächtigte Oberstlieutenant Briais aus St. Petersburg abberufen. Zwischen ihm und dem russischen Kaiserpaar hatten sich im Laufe der Zeit innige Beziehungen gestaltet, welche beim Abschiede dadurch zum Ausdruck kamen, daß Herr Briais den St. Annen-Orden II. Classe in Brillanten erhielt, und daß ihm der Zar außerdem eine kostbare Malachitvase und die Bildnisse des Kaiserpaares überreichte unter dem Ausdruck des Wunsches, daß er sein Bild als Gegengabe wählen möge. Es kam beim Bericht über diese Angelegenheit auch zur Sprache, daß der Nachfolger Briais' als erster Militairbevollmächtigter Frankreichs, Major Moulin, der die zweite Stelle schon seit zehn Jahren ausfüllt, in Generalstabskreisen als russischer Kamerad betrachtet wird und fast täglicher Gast im Hause des Generals Obrutschew, des Chefs des russischen Generalstabes, ist, dessen Gemahlin eine Französin.

Wer den Frieden liebt und hofft, daß er erhalten werde, wiegt sich leicht in Täuschungen, die durch die nachfolgenden Ereignisse dann eine bittere Enttäuschung erfahren können. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Rüstungen Rußlands und Frankreichs die aller anderen europäischen Mächte hinter sich lassen, und es wird uns täglich von den Maßregeln berichtet, welche beide Mächte an ihren Grenzen treffen, um für alle Fälle vorbereitet zu sein. Frankreich verwendet seine höchste Sorgfalt auf Sicherung seiner Ostgrenze; Rußland hat in neuester Zeit die 22. Infanterie-Division aus Nowgorod an die österreichische Grenze verlegt, um durch Vereinigung mit der 24. Infanterie-Division das neu in Polen aufzustellende Armeecorps zu bilden, dessen Formirung im November 1889 angeordnet wurde. Das sind lauter Anzeichen der vorhandenen Absichten, welche wir mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen, um nicht durch unliebsame Ereignisse überrascht zu werden. Es ist stets daran festzuhalten, daß der europäische Friede nur so lange gesichert ist, als Rußland und Frankreich den Kampf mit dem Dreibund nicht glauben wagen zu dürfen. Das Streben, die Armee kriegsbereit zu halten, ist in Rußland und Frankreich so augenscheinlich, daß es der höchsten Rührigkeit von unserer Seite bedarf, um den Ruf der sieggewohnten deutschen Waffen aufrecht zu erhalten.

Leipzig, 29. März.

* Die officiöse Wiener „Politische Correspondenz" bringt aus Berlin den folgenden inspirirten Bericht:

Der vielerörterte Artikel des „Reichsanzeigers", welcher für den Abschluß von Tarifverträgen so entschieden eintrat, enthält eine bestimmte Absage an das Prohibitivsystem, er bedeutet aber keineswegs den Bruch mit einem mäßigen Schutzzollsystem und bildet somit einen weiteren Beweis dafür, daß die Regierung durchaus nicht daran denkt, freihändlerische Ideale zu verwirklichen oder auch nur fundamentale Aenderungen in den Zöllen eintreten zu lassen. Die Regierung erkennt, daß ein weiteres Gehenlassen der Dinge, wie sie sind, geeignet wäre, Beeinträchtigungen der Industrie herbeizuführen, die ganz zweifellos einen bedenklichen Rückschlag auf die Landwirthschaft ausüben müssen. Indem die Interessen der Industrie berücksichtigt werden, findet auch die Landwirthschaft ihre Rechnung. Es kann Niemandem entgehen, daß die deutsche Industrie durch die schweren Einbußen, die der immer mehr aufblühende Exporthandel, namentlich nach Südamerika, erlitten hat und noch erleidet, schwer geschädigt wird. Durch den Reciprocitäts-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien droht der deutschen Industrie, die einen Export von 56 Millionen nach diesem Lande hatte, die Gefahr, mehr und mehr verdrängt zu werden. Nordamerikanisches Eisenbahnmaterial und Maschinen genießen völlige Zollfreiheit, eine Reihe anderer wichtiger Artikel hat erhebliche Zollermäßigungen erhalten, und daß man sich in Nordamerika alsbald den Bedürfnissen und dem Geschmack der Brasilianer anpassen wird, kann keinem Zweifel unterliegen. Was Argentinien betrifft, so ist da mit einer auf lange Zeit erheblich geschwächten Kaufkraft zu rechnen, und in Chile, wo Deutschland sich unter den Exportstaaten auf die zweite Stelle hinaufgearbeitet hatte, haben die jüngsten revolutionairen Ereignisse schmerzlich empfundene Verluste und Stockungen mit sich gebracht, deren Ausdehnung und Dauer noch gar nicht abzusehen ist.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß es sich unter solchen Umständen nicht blos für Deutschland, sondern für die mitteleuropäischen Staaten darum handeln muß, zu anderen, großen und geschlossenen Absatzgebieten zu gelangen. Es ist bekannt, daß ein österreichisch-ungarisch-deutscher Handelsvertrag gewissermaßen der Ausgangs- und Kernpunct werden sollte, an welchen sich solche mit anderen Staaten — wie Rumänien, Serbien, Schweiz und Italien — anzuschließen hätten; vielleicht wäre hier auch, bei weiterer Entwickelung der französischen Protectionsbestrebungen, Belgien für diese Gruppe von Staaten in Betracht gekommen, so daß sich hier gegenüber dem französischen und russischen und einigermaßen auch englischen, ein besonderes Absatzgebiet jener Staatengruppe gebildet haben würde. Ob dergleichen schließlich zu dem viel berufenen mitteleuropäischen Zollverein führen wird, mag dahingestellt bleiben; besser, ein solcher entwickelt sich aus dem praktischen Versuch eines Zusammenschlusses mehrerer Länder durch Tarifverträge aus sich selbst und allmälig, als daß man im directen Hinblick auf ein derartiges theoretisches Ziel lange herum experimentirt. Unbedingte Voraussetzung bleibt hierbei selbstverständlich immer das Zustandekommen des österreichisch-deutschen Handelsvertrages. Ein Theil der deutschen Presse hat nach dem Artikel des „Reichsanzeigers" die Aussichten für denselben ebenso optimistisch gekennzeichnet, wie er bis dahin die Dinge zu schwarz gesehen hatte. Hier mag nur constatirt werden, daß Wunsch und Hoffnung auf eine glückliche Erledigung dieser Sache in gleicher Stärke fortbestehen. So nahe, wie einige Zeitungen annehmen, ist indeß nach Allem, was man hört, der Abschluß wohl noch nicht. Die Fortsetzung der Verhandlungen in Wien dürfte erst nach Ostern erfolgen.

* Aus Posen wird der „Schlesischen Zeitung" geschrieben: Die zukünftige Stellung der polnischen Abgeordneten zur Regierung bildet immer noch das stehende Thema der polnischen Presse. Mit einziger Ausnahme des stark demokratischen „Goniec Wielkopolski" erklären sämmtliche polnischen Blätter ihre rückhaltlose Zustimmung zu dem regierungsfreundlichen Auftreten der polnischen Abgeordneten im Reichstage und insbesondere auch zu dem Votum des Abgeordneten von Koscielski in der Marinefrage. Die Polen wollen, das wird in allen Besprechungen dieser Sache ausdrücklich betont, die bisher beobachtete oppositionelle Haltung aufgeben und sich in positiver Weise an der Gesetzgebung und den parlamentarischen Arbeiten des Reichstages und des preußischen Landtages betheiligen. Die grundsätzliche Opposition, die von den Polen so lange Zeit hindurch beliebt worden ist, habe denselben das Vertrauen der Regierung entzogen; die Aenderung in der Haltung der parlamentarischen Vertreter des Polenthums sei daher zu billigen. Freilich bedingungslos wollen auch der „Dziennik" und „Kurjer Poznański" die Regierungspolitik nicht mitmachen, sondern nur so weit, als dies ohne Preisgebung der „nationalen Rechte und Eigenthümlichkeiten der Polen" geschehen könne. Was diese Einschränkung bedeutet, ist dem Kenner der polnischen Verhältnisse nicht unklar. Auf dem Gebiete der Schule — um eines der meist umstrittenen Objecte zu berühren — beabsichtigt man, von den alten Forderungen auf Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts, auf Zulassung der polnischen Sprache beim katholischen Religionsunterrichte, auf confessionelle Schulen ꝛc. vor der Hand keineswegs abzustehen. Im Gegentheil, man glaubt der Erfüllung alter Wünsche jetzt näher zu sein denn jemals, wenn man dies fingerweise zur Zeit auch nicht laut aussprechen mag. Hinsichtlich der sogenannten „Polengesetze" gehen auch wohl die kühnsten Hoffnungen der Polen noch nicht so weit, daß man ihre Beseitigung erwartet. Jedenfalls aber glaubt man, eine Handhabung dieser Gesetze zu erreichen, die der nationalen Entfaltung freieren Spielraum gestattet. Mit einem solchen Erfolge ihrer jetzigen „Parlaments-Politik" würden sich die Polen — natürlich nur vorläufig — zufriedengeben.

* Gegenüber zahlreichen unrichtigen Mittheilungen der Zeitungen über die Vorlage einer Novelle zum Gesetz über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt in der nächsten Session des bayerischen Landtages sind die